

Übersicht

der am Schlusse des Jahres 1910 unerledigt gebliebenen Gegenstände.

1. Predigerunterricht.

Beschluß der Bürgerschaft vom 22. Juni 1898.

Die Bürgerschaft ersucht die Schuldeputation um einen Bericht darüber, ob nicht im Interesse der Kinder und des Publikums überhaupt eine Beschränkung des Predigerunterrichts auf ein Jahr zu ermöglichen sei.

Beschluß der Bürgerschaft vom 19. Februar 1908.

Die Bürgerschaft ersucht um einen schleunigen Bericht der Schuldeputation, ob es geboten erscheint, im Interesse der Schüler die bisherige Einrichtung abzuschaffen, nach welcher während zweier wichtiger Schuljahre an vier Wochentagen die Stunden zwischen 11 und 1 Uhr für den Prediger- oder Konfirmandenunterricht freigehalten werden, und ob es sich nicht im Interesse der Schule vielmehr empfiehlt, den Prediger- und Konfirmandenunterricht des Nachmittags abzuhalten.

Sie hält es im Falle der Abschaffung der bisherigen Einrichtung für dringend erwünscht, daß die Aenderung schon für das Anfang April d. J. beginnende neue Schuljahr eingeführt wird.

Die Bürgerschaft erinnert bei dieser Gelegenheit an ihren Beschluß vom 22. Juni 1898, wonach sie den Senat ersucht, die Schuldeputation zu einem Bericht zu veranlassen, ob nicht im Interesse der Kinder und des Publikums überhaupt eine Beschränkung des Predigerunterrichts auf ein Jahr zu ermöglichen sei. Die Bürgerschaft ersucht nunmehr um einen baldigen Bericht.

2. Bremer Straßenbahn.

Beschluß der Bürgerschaft vom 30. Juni 1900.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, darüber Ermittlungen anstellen zu lassen, ob schon jetzt eine Verlängerung der Strecke von Sebaldsbrück bis zum Brüggeweg geboten erscheint.

Beschluß der Bürgerschaft vom 19. September 1906.

Die Bürgerschaft lehnt die Vorlage (Verlängerung der Linie bis Emdenstraße) ab, weil sie die Verlängerung der Linie der Straßenbahn Sebaldsbrück — Holzhafen bis zur Werft der Aktiengesellschaft „Wefer“ für erforderlich hält. Sie ersucht den Senat,

ihr darin beizutreten und das Weitere baldmöglichst zu veranlassen.

Sie ersucht den Senat, die Polizeidirektion zu beauftragen, mit der Straßenbahndirektion über die Einführung von verbilligten Arbeiterfahrkarten in Verhandlung zu treten.

Beschluß der Bürgerschaft vom 27. April 1907.

Die Bürgerschaft beharrt auf ihrem Beschlusse vom 19. September 1906 betreffs der Verlängerung der Straßenbahnlinie Sebaldsbrück — Holzhafen bis zur Werft der Aktiengesellschaft „Wefer“ und ersucht den Senat, die Polizeidirektion zu ersuchen, in erneute Verhandlungen mit der Straßenbahngesellschaft einzutreten.

Beschluß der Bürgerschaft vom 16. September 1908.

Die Bürgerschaft erinnert an ihre Beschlüsse vom 19. September 1906 und vom 27. April 1907 betreffend Verlängerung der Linie der Straßenbahn Sebaldsbrück — Holzhafen bis zur Werft der Aktiengesellschaft „Wefer“. Sie hält den Ausbau dieser Linie im Interesse des immer mehr wachsenden Verkehrs und insbesondere im Interesse der zahlreichen Arbeiter und Angestellten der Aktiengesellschaft „Wefer“ für dringend geboten und ersucht den Senat, ihrem wiederholt gefaßten diesbezüglichen Beschlusse nunmehr beizutreten und baldmöglichst das Erforderliche zu veranlassen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 22. Juni 1910.

Die Bürgerschaft erinnert an ihre Beschlüsse vom 19. September 1906, vom 27. April 1907 und vom 16. September 1908, betreffend Verlängerung der Linie 3 der Straßenbahn bis zur Aktiengesellschaft „Wefer“. Sie ersucht den Senat, die Deputation wegen der Straßenbahn zur Beschleunigung der Verhandlungen mit der Direktion der Bremer Straßenbahn zu veranlassen und diese zum baldigen Ausbau der Strecke zu verpflichten.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. Oktober 1908.

a) Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die Verlängerung der elektrischen

Straßenbahn von der Meterstraße aus entweder über die Hohentorschauffee nach der Stadtgrenze in Warturm oder über die Pappelstraße nach der Buntentorsvorstadt herbeizuführen.

b) Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die elektrische Bahn vom Hollerjee durch die Holler-Allee, Findorfstraße, Admiralstraße, Hemmstraße über den Haferkamp bis zur Nordstraße weiterzuführen.

c) Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die elektrische Bahn von der jetzigen Endstation am Arsterdamm bis zur Landesgrenze nach Mattenturm zu verlängern.

Am Schlusse seiner Mitteilung vom 10. November 1908, betreffend Straßenbahn, führt der Senat aus:

Der Senat erachtet es bei der Wichtigkeit der Sache für geboten, in erster Linie die Verbindung mit den Häfen, ferner aber auch die vorstehend weiter berührten Fragen der Schaffung von Vorortlinien einer gemeinschaftlichen Beratung mit der Bürgererschaft in einer Deputation zu unterziehen, deren Niederlegung er hiermit beantragt. Dieser Deputation würden auch die bereits vorliegenden Beschlüsse der Bürgererschaft wegen des Ausbaues verschiedener Linien über die Stadtgrenze hinaus, nämlich diejenigen vom 30. Juni 1900, betreffend Verlängerung der Linie Holzhausen—Sebaldsbrück bis zum Briggeweg, vom 16. September 1908, betreffend die Verlängerung derselben Linie in westlicher Richtung bis zur Aktiengesellschaft „Wefer“, und vom 7. Oktober 1908, betreffend Verlängerung von zwei anderen Straßenbahnlinien bis nach Warturm und nach Mattenturm, zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen sein. Er ersucht die Bürgererschaft um ihre Zustimmung.

Beschluß der Bürgererschaft vom 2. Dezember 1908.

Die Bürgererschaft bedauert, in die Beratung über die Vorlage des Senats vom 10. November 1908, betreffend Straßenbahn, nicht eher eintreten zu können, als bis der Senat sich über ihre Beschlüsse vom 22. April, betreffend Erweiterung der Deputation für Regulierung der Baulinien zur einheitlichen Durchführung aller Aufgaben für die Stadterweiterung, geäußert hat und beschließt daher die Vertagung.

Beschluß der Bürgererschaft vom 13. Januar 1909.

Die Bürgererschaft stimmt der Niederlegung einer Deputation zur Beratung der in der Mitteilung des Senats vom 10. November 1908 erwähnten Fragen zu und erklärt sich damit einverstanden, daß dieser Deputation auch die bereits vorliegenden Beschlüsse der

Bürgererschaft wegen des Ausbaues verschiedener Linien über die Stadtgrenze hinaus zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen werden.

Beschluß der Bürgererschaft vom 5. Juni 1907.

Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich nicht empfiehlt, eine Verlängerung der elektrischen Straßenbahn von der Kaiser Friedrichstraße durch die Parkallee bis zur Busstraße herbeizuführen.

Beschluß der Bürgererschaft vom 16. Juni 1909.

Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Straßenbahn mit einem Berichte zu beauftragen darüber, ob es sich aus Verkehrsrücksichten empfiehlt, den Straßenbahnverkehr in der Langenstraße und auf dem Geeren aufzuheben.

Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion und die Deputation für die Straßenbahn mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob der Verkehr auf der Straßenbahn es nicht erforderlich gemacht hat, jetzt für einzelne Strecken vermehrte Fahrgelegenheit zu schaffen und ob es sich empfiehlt, Arbeiterfahrkarten zu bedeutend ermäßigten Preisen einzuführen.

Beschluß der Bürgererschaft vom 22. Juni 1910.

Die Bürgererschaft erinnert den Senat an ihren Beschluß vom 16. Juni 1909, unter Nr. 9 (siehe vorstehenden Beschluß 2. Absatz); sie erwartet, daß der verlangte Bericht nunmehr schleunigst erstattet wird.

Beschluß der Bürgererschaft vom 16. Juni 1909.

Die Bürgererschaft ersucht den Senat um Vorlegung eines Gesetzentwurfes, welcher die Haftung der Straßenbahngesellschaft regelt, gegenüber Schäden, welche nachweislich durch die Straßenbahn verursacht werden.

Beschluß der Bürgererschaft vom 22. Juni 1910.

Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Deputation wegen der Straßenbahn zu veranlassen, mit der Direktion der Straßenbahn sofort in Verhandlungen einzutreten über die Durchführung der Linie 8 von Burg bis zum Innern der Stadt und über Vermehrung der Fahrgelegenheit auf dieser Strecke.

Beschluß der Bürgererschaft vom 9. November 1910.

Die Bürgererschaft ersucht den Senat, die Deputation wegen der Straßenbahn mit einem schleunigen Berichte zu beauftragen darüber, ob sich die Anbringung einer Schutzvorrichtung für die Fahrer sowie die in Hamburg eingeführte Fangeinrichtung gegen

Unglücksfälle nicht auch für Bremen empfiehlt und ob sich nicht die Heizung der Wagen durchführen läßt.

3. Oldenburgischer Güterbahnhof in der Neustadt.

Beschluß der Bürgerschaft vom 13. Juli 1904.

Die Bürgerschaft ist damit einverstanden, daß die Deputation für Regulierung der Baulinien und die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, beauftragt werden, Vorschläge wegen Verwendung des Geländes der linksseitigen Lagerplätze zu machen.

4. Sanierung von Stadtteilen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 30. November 1904.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden zu einem Bericht aufzufordern, ob im öffentlichen Interesse diejenigen Gebäude der oberen und unteren Altstadt, namentlich in der Gegend zwischen Stavenbamm und Marterburg, sowie der großen und kleinen Krümmenstraße mit ihren Gängen, zu einer Sanierung staatsseitig niedergelegt werden müssen und welche etwaige Kosten dem Staate daraus entstehen können. Einem Bebauungsplan dieser Stadtteile sieht die Bürgerschaft mit diesem Berichte eventuell entgegen.

5. Kohlenstraße.

Beschluß der Bürgerschaft vom 5. Juli 1905.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, seinen Kommissar für Eisenbahnangelegenheiten zu beauftragen, mit dem Königlich Preussischen Eisenbahnfiskus darüber in Verbindung zu treten, ob und auf welche Weise es sich ermöglichen läßt, die Kohlenstraße nach Art der städtischen Straßen in Stand zu setzen.

6. Petition des Vereins Bremer Hebammen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 20. September 1905.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die (beifolgende) Eingabe des Vereins der zuständigen Behörde zur Prüfung und Berichterstattung zu überweisen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 16. Juni 1909.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für das Gesundheitswesen mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, das Hebammenwesen zu verstaatlichen, eventuell den Hebammen die Gewährung einer Alterspension zuzusichern.

Beschluß der Bürgerschaft vom 9. November 1910.

Die Bürgerschaft erinnert den Senat an ihren Beschluß vom 16. Juni 1909, betreffend das Hebammenwesen, und ersucht ihn, nunmehr den erbetenen Bericht veranlassen zu wollen.

7. Honorierung von Extrastunden an Volksschulen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 27. September 1905.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich nicht empfiehlt, auch die Lehrer an den Volksschulen für „Extra- und Aufsichtsstunden, sowie für Botanisieren“ besonders zu entschädigen.

8. Bornstraße.

Beschluß der Bürgerschaft vom 4. Juli 1906.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Regulierungsdeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich nicht empfiehlt, das Haus Bornstraße Nr. 70 unter Enteignung zu stellen, um dem Verkehr vorläufig eine bessere und freiere Fahrt an dieser Stelle zu schaffen.

9. Revision der Straßenpolizeiordnung.

Beschluß der Bürgerschaft vom 4. Juli 1906.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion zu beauftragen, daß von ihr baldmöglichst eine revidierte Straßenpolizeiordnung an Stelle der vom Jahre 1879 erlassen wird.

10. Wöchnerinnen- und Säuglingspflege.

Beschluß der Bürgerschaft vom 24. November 1906.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für das Gesundheitswesen mit einem Bericht darüber zu beauftragen, welche Maßnahmen erforderlich sind zur Durchführung einer den Anforderungen der Hygiene entsprechenden Wöchnerinnen- und Säuglingspflege in den minder bemittelten Kreisen der Bevölkerung.

Beschluß der Bürgerschaft vom 9. November 1910.

Die Bürgerschaft erinnert den Senat an ihren Beschluß vom 24. November 1906, betreffend Wöchnerinnen- und Säuglingspflege, und ersucht ihn, den erbetenen Bericht nunmehr veranlassen zu wollen.

11. Tägliche Reinigung der Schulzimmer.

Beschluß der Bürgerschaft vom 6. Februar 1907.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, welche Maßnahmen erforderlich sind, die bestmögliche Reinigung der Schulzimmer zu erzielen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 9. November 1910.

Die Bürgerschaft erinnert den Senat an ihren Beschluß vom 6. Februar 1907, betreffend Reinigung der Schulzimmer und ersucht, die Schuldeputation nunmehr mit dem erbetenen Bericht zu beauftragen.

12. Durchführung der Talstraße zur Vereinsstraße.

Beschluß der Bürgerschaft vom 13. März 1907.

In bezug auf die erneute Eingabe der Anwohner der Talstraße vom 12. Februar 1907 (siehe stenogr. Bericht S. 73), diese Straße nach der Vereinsstraße hin durchzuführen, ersucht die Bürgerschaft den Senat, die Regulierungsdeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, welche Kosten ein Durchbruch dahin erfordern würde, sowie ferner, mit welchem Kostenaufwande sich eine Verbindung für Fußgänger dorthin würde herstellen lassen.

Die Deputation hat in ihrem Bericht vom 14. Juni 1907 gebeten, von der Herstellung einer fahrbaren Verbindung oder eines Fußweges von der Talstraße nach der Vereinsstraße abzusehen. In der Verhandlung der Bürgerschaft am 26. Juni 1907 wurde folgender Antrag gestellt und dann an eine Kommission zur weiteren Beratung und Berichterstattung verwiesen:

Die Bürgerschaft beschließt die Herstellung eines Fußweges von der Talstraße nach der Vereinsstraße, zwischen den Häusern Vereinsstraße 14 und 16, ohne daß diese Gebäude angechnitten werden. Sie ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten.

Die Kommission hat ihren Bericht am 28. Oktober 1908 erstattet, nach dem sie die Herstellung eines Verbindungsweges aus näher angegebenen Gründen nicht empfehlen konnte.

Der Bericht stand am 25. November 1908 zur Verhandlung. In derselben wurde folgender Antrag angenommen:

Die Bürgerschaft beschließt die Durchführung der Talstraße zur Vereinsstraße und bewilligt die dafür erforderlichen Kosten.

Beschluß der Bürgerschaft vom 13. Januar 1909.

Die Bürgerschaft beharrt bei ihrem Beschlusse vom 25. November 1908.

Der Senat blieb am 15. April 1910 bei seinem ablehnenden Bescheid.

Beschluß der Bürgerschaft vom 27. April 1910.

Die Bürgerschaft ist nicht in der Lage, von ihren Beschlüssen vom 23. November 1908 und 13. Januar 1909 zurückzutreten, da sich in den Verhältnissen bezüglich der Talstraße nichts geändert hat. Sie ersucht deshalb den Senat nochmals, nunmehr veranlassen zu wollen, daß die Talstraße endlich zur Vereinsstraße durchgeführt wird, in Rücksicht darauf, daß der Staat die bei Anlage der Straße vorgegebene Durchführung derselben seinerzeit durch den Bau der Schule verhindert hat.

Der Senat lehnte am 29. April abermals ab.

Die Bürgerschaft beauftragte darauf am 11. Mai 1910 ihre Juristische Kommission, die hierbei auf-

geworfenen Rechtsfragen zu prüfen und darüber zu berichten.

13. Volksschulen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 22. Juni 1907.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, für alle bremischen Volksschulen den Unterricht in der englischen Sprache einzuführen.

14. Teichmannbrunnen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 18. September 1907.

Die Bürgerschaft wünscht die Entfernung des Teichmannbrunnens vom Domschof und Aufstellung desselben an einer anderen passenderen Stelle. Sie ersucht deshalb den Senat, ihr entsprechende Vorschläge von der zuständigen Deputation zugehen lassen zu wollen.

15. Antrag auf Aenderung der Verfassung der Stadtgemeinde Vegeack.

Beschluß der Bürgerschaft vom 25. September 1907.

Die Bürgerschaft überweist den anliegenden Antrag dem Senat mit dem Ersuchen, den Kommissar für die Hafenstädte mit einem Bericht über die nach dem Antrage in Frage kommenden Verhältnisse zu beauftragen.

16. Vergütung für Schlachter.

Beschluß der Bürgerschaft vom 4. Dezember 1907.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfes, durch den die auf diesen Fall zutreffenden Ausnahmebestimmungen im Reichsviehseuchengesetz auf dem Wege der Landesgesetzgebung außer Wirkung gesetzt werden.

Die Bürgerschaft wünscht, daß diesem Gesetze rückwirkende Kraft verliehen werde.

Dazu hat der Senat unter dem 11. Februar 1908 folgendes erklärt:

Was die von der Bürgerschaft in ihrem Beschlusse vom 4. Dezember 1907 erbetene Vorlage eines Gesetzentwurfes betrifft, so behält sich der Senat vor, hierauf nach Verabschiedung der dem Reichstag zurzeit vorliegenden Novelle zum Reichsviehseuchengesetz zurückzukommen.

Die Verabschiedung der Novelle zum Reichsviehseuchengesetz ist inzwischen erfolgt. (Gesetz vom 26. Juni 1909. Reichsgesetzblatt S. 519.)

17. Volksschulen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 4. Dezember 1907.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den Gesundheitsrat mit einem Bericht darüber zu beauftragen, welche Himmelsrichtung die geeignetste für die Frontlage neu zu erbauender Schulen ist.

18. Gefindeordnung.

Beschluß der Bürgerschaft vom 8. Januar 1908.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, eine Revision der Gefindeordnung vorzunehmen und eventuell in welchem Umfange.

Beschluß der Bürgerschaft vom 9. November 1910.

Die Bürgerschaft erinnert den Senat an ihren Beschluß vom 8. Januar 1908, betreffend Gefindeordnung. Sie ersucht ihn, den erbetenen Bericht nunmehr zu veranlassen.

19. Spielplätze und Promenadenweg in Woltmershausen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 5. Februar 1908.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Baudeputation, Abteilung Wasserbau, mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, auf den Außendeichsländereien bei der Woltmershäuser Vorstadt bis zur anderweitigen Verwendung derselben einige Spielplätze anzulegen und den alten Leinpfad als einfachen Promenadenweg einzurichten.

Am 8. April 1908 empfiehlt die Deputation in Erledigung des Beschlusses der Bürgerschaft aus näher dargelegten Gründen von der Herstellung der Spielplätze u. Abstand zu nehmen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 15. April 1908.

Die Bürgerschaft bewilligt für die Herstellung eines einfachen Promenadenweges 2400 Mk und ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten.

20. Vermehrung der Mitglieder des Amtsgerichts Bremerhaven.

Beschluß der Bürgerschaft vom 11. März 1908.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Justizverwaltungskommission um einen Bericht darüber zu ersuchen, ob es sich nicht empfiehlt, bei dem Amtsgericht Bremerhaven, nachdem dasselbe mit fünf Richtern besetzt worden ist, eine Strafkammer zu errichten.

21. Feuerficherheit der Schulen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 11. März 1908.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, das Kommando der Feuerwehr zu beauftragen, sämtliche öffentlichen und privaten Schulen einer Revision daraufhin zu unterziehen, ob die Treppenanlagen und Ausgänge derartig beschaffen sind, daß sie bei eintretender Feuergefahr eine schnelle und sichere Entleerung der Schule gewährleisten. Namentlich ersucht die Bürgerschaft,

die Behörde anweisen zu wollen, dafür Sorge zu tragen, daß während der Schulstunden beide Haustürflügel sowie die Tür des Vorgartens weit geöffnet sind und daß die Windfänge aus Pendeltüren bestehen.

Sie sieht einem baldigen Bericht entgegen.

22. Beamtengehälter.

Beschluß der Bürgerschaft vom 8. April 1908.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, für bestimmte Lehrer seminarischer Bildung an den Gymnasien, an den Realschulen, am Technikum und am Seminar, die durch Unterricht in fremden Sprachen, Mathematik und anderen Fächern Lehrer akademischer Bildung zum Teil ersetzen, ruhegehaltsberechtigte Funktionszulagen einzuführen.

23. Polizeibureau des V. Distrikts.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. Oktober 1908.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, das Polizeibureau in der Jakobistraße 15a weiter nach dem Zentrum des zugehörigen Polizeidistrikts zu verlegen und dem vermehrten Verkehr durch Vergrößerung der Räume anzupassen.

24. Erziehung idiotisch veranlagter Kinder.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. Oktober 1908.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Unterrichtsverwaltung mit einem Bericht zu beauftragen, ob die unentgeltliche Erziehung idiotisch veranlagter Kinder, ebenso wie die der blinden und taubstummen Kinder, in einer besonderen Anstalt erfolgen kann.

25. Schulen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. Oktober 1908.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation zu einem Berichte darüber veranlassen zu wollen, wie die Schwierigkeiten beim Uebertritt von Volksschülern in die Realschule (nach Abschluß des dritten Schuljahres) beseitigt werden können und ob es sich empfiehlt, in den Volksschulen schon im dritten Schuljahre die Lateinschrift zu lehren.

26. Volksschulen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. Oktober 1908.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, auch für die Volksschulen die ungeteilte Schulzeit einzuführen.

27. Zahnpflege in den bremischen Schulen.**Beschluß der Bürgerschaft vom 11. November 1908.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation, die Deputation für das Gesundheitswesen und den Gesundheitsrat mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob sich die Einführung der Zahnpflege in den bremischen Volksschulen nach dem Vorbilde einer Reihe anderer Städte empfiehlt, eventuell im Zusammenhang mit der schon vorhandenen schulärztlichen Aufsicht.

Beschluß der Bürgerschaft vom 20. Februar 1909.

— — Außerdem ersucht sie den Senat, die Deputation für das Gesundheitswesen mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, eine Schulzahnklinik einzurichten.

28. Arbeitermietwohnungen.**Beschluß der Bürgerschaft vom 13. Januar 1909.**

Die Bürgerschaft hält den Bau von Arbeitermietwohnungen auf Staatskosten nicht für empfehlenswert, jedoch die Beachtung der Arbeiterwohnungsfrage für erforderlich. Sie ersucht daher den Senat, die Deputation für Regulierung der Baulinien mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, für geeignete Gelände in Bremens Stadt- und Landgebiet unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterwohnungsfrage, Spezialbebauungspläne und Vorschläge auszuarbeiten, welche allen für solche Zwecke in Betracht kommenden sozialen, sanitären, ästhetischen und finanziellen Anforderungen möglichst Rechnung tragen und auch das Bedürfnis für freie Plätze, Parkanlagen, Spielplätze, sowie Grundstücke für öffentliche Gebäude in Betracht ziehen.

29. Schöpfwerk am Hohentor.**Beschluß der Bürgerschaft vom 13. Januar 1909.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, einen Notauslaßkanal vom Schöpfwerk am Hohentor nach der Dichtung oder einer anderen Stelle des Gebiets zu leiten.

30. Geschäftshaus der Bauverwaltung.**Beschluß der Bürgerschaft vom 15. September 1909.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Baudeputation zu beauftragen, ein neues generelles Projekt für den Neubau eines Geschäftshauses der Bauverwaltung vorzulegen, in welchem Geschäftsräume enthalten sein sollen für:

1. die Baudirektion,
2. die am Bauwesen beteiligten Senatoren und Rechnungsführer,

3. die Bauinspektion für die Unterweserkorrektion,
4. die Tiefbauinspektionen,
5. die Deich- und Wegbauinspektion,
6. die Hochbauinspektionen,
7. die Wasser- und Eisenbahnbauinspektion,
8. die Deputation für die Stadterweiterung,
9. die Baupolizei.

Beschluß der Bürgerschaft vom 19. Oktober 1910.

Die Bürgerschaft erinnert an ihren Beschluß vom 15. September 1909, betreffend Geschäftshaus für die Bauverwaltung, und ersucht den Senat, nunmehr der Bürgerschaft mitzuteilen, ob er die Baudeputation im Sinne des erwähnten Beschlusses beauftragt hat.

Mitteilung des Senats vom 21. Oktober 1910.

Auf den Beschluß der Bürgerschaft vom 15. September 1909, betreffend Geschäftshaus für die Bauverwaltung, wird der Senat ehestens zurückkommen.

31. Antrag, betreffend den Buntentorsgraben.**Beschluß der Bürgerschaft vom 20. Februar 1909.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, das ganze Areal des bald zugeschütteten Buntentorsstadtgrabens dem Verschönerungsverein der Neustadt und südlichen Vorstadt zur Herstellung gärtnerischer Anlagen zur Verfügung zu stellen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. Dezember 1910.

Die Bürgerschaft erinnert an ihre wiederholt gefaßten Beschlüsse, betreffend Zuschüttung des Neustadtgrabens am Buntentor, und ersucht den Senat, die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, zu einer schnelligsten Fertigstellung der Arbeiten zu veranlassen, da der jetzige Zustand unhaltbar ist und die Ausdünstungen gesundheitschädlich auf die Umgebung einwirken.

32. Kanalisierung der Woltmershauserstraße.**Beschluß der Bürgerschaft vom 10. März 1909.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Baudeputation, Abteilung Tiefbau, mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob die Kanalisationseinrichtungen am Ende der Woltmershauserstraße nach dem Landgebiet zu, und in der Stromer- und Wiedhofstraße nicht dermaßen abgeändert werden können, daß sie den im Interesse der Gesundheitsverhältnisse an eine Kanalisation zu stellenden Ansprüchen genügen.

33. Immunität der der Bürgerschaft angehörigen Beamten.

Beschluß der Bürgerschaft vom 24. März 1909.

Die Bürgerschaft stimmt dem vorgelegten Gesetzentwurf mit der Maßgabe zu, daß in der vierten Reihe des Gesetzes hinter den Worten „in einer Versammlung der Bürgerschaft“ die Worte eingeschoben werden, „einer bürgerchaftlichen Kommission, einer Deputation oder einer Behörde“.

34. Gewerbekammer.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. April 1909.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, dem bei der Gewerbekammer angestellten Konsulenten sowie auch dem neuen Beamten die Amtsbezeichnung „Syndikus“ verleihen zu wollen.

35. Badeanstalten.

Beschluß der Bürgerschaft vom 23. Juni 1909.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion und den Gesundheitsrat mit einem Bericht zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, in den verschiedenen Stadtteilen öffentliche Licht-Luftbadeanstalten zu errichten.

36. Polizeiwache an der Keilstraße in Bremerhaven.

Beschluß der Bürgerschaft vom 23. Juni 1909.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Bau-deputation, Abteilung Hochbau, mit einem schleunigen Bericht zu beauftragen, ob sich der Neubau der Polizeiwache an der Keilstraße in Bremerhaven empfiehlt.

37. Taubstummenanstalt.

Beschluß der Bürgerschaft vom 23. Juni 1909.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständige Behörde mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die Taubstummenanstalt zu verstaatlichen.

38. Aenderung der am 30. April 1860 erlassenen Verordnung, den stadtbremischen Pfarrverband betreffend.

Beschluß der Bürgerschaft vom 14. Juli 1909.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die obrigkeitliche Verordnung, den stadtbremischen Pfarrverband betreffend (publiziert am 30. April 1860) baldigst zeitgemäß abzuändern, insbesondere in der Richtung, daß die Verordnung dem Uebertritt von einer kirchlichen Gemeinde in eine andere nicht die in den §§ 4 und 5 der Verordnung enthaltenen Schwierigkeiten entgegensetzt.

39. Einführung der Verhältniszahl für die Beisitzer zu dem Gewerbegericht.

Beschluß der Bürgerschaft vom 15. September 1909.

Die Bürgerschaft überweist die beifolgende Eingabe des Ortsverbandes Bremen der deutschen Gewerksvereine dem Senat mit dem Ersuchen, die zuständige Behörde mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, für die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht die Verhältniszahl einzuführen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 23. Februar 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Bericht-erstattung über die am 15. September v. J. über-wiesene Eingabe des Ortsverbandes Bremen der deutschen Gewerksvereine, ob es sich empfiehlt, für die Wahl der Beisitzer zum Gewerbegericht die Verhältnis-wahl einzuführen, zu beschleunigen.

40. Reform der höheren Töchterschulen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 29. September 1909.

Die Bürgerschaft nimmt die Berichte dankend entgegen, zugleich ersucht sie den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht über die Frage der Reform unserer höheren Töchterschulen und über den staatsseitigen Bau eines Mädchengymnasiums zu beauftragen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 14. Dezember 1910.

Die Bürgerschaft erinnert an ihren noch immer unerledigten Beschluß vom 29. September 1909, betreffend den Bericht über die notwendige Reform unserer höheren Töchterschulen und den Bau eines Mädchengymnasiums und erwartet, daß der gewünschte Bericht nunmehr prompt erfolgen wird.

41. Anlegung eines Grundbuchs.

Beschluß der Bürgerschaft vom 13. Oktober 1909.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständige Behörde mit einem Berichte zu beauftragen darüber, ob der Geschäftsgang bei der Anlegung des Grundbuchs und der damit in Verbindung stehenden Umwandlung der Handfesten in Hypothekenbriefe nicht wesentlich vereinfacht werden kann.

42. Schaffung einer maschinentechnischen Bauinspektion.

Beschluß der Bürgerschaft vom 20. Oktober 1909.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Bau-deputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, für die maschinellen Anlagen des Hochbaus und Straßenbaus eine maschinentechnische Bauinspektion zu schaffen, der zugleich alle maschinentechnischen Projekte, sowie Heizungs- und Eisenkonstruktionsprojekte zu überweisen sind.

43. Badeanstalt und Strandspielplatz in Woltmershausen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 16. Februar 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden mit einem Berichte darüber zu beauftragen, wie sich die dem Vernehmen nach in Aussicht genommene Beseitigung der in Woltmershausen gegenüber der Armaturenfabrik belegenen öffentlichen Badeanstalt und des Strandspielplatzes vermeiden läßt.

44. Jahrgeldsberechtigung der Luken- und Ladungs- und Schiffs- und Proviantbesichtigter in Bremen und Bremerhaven.

Beschluß der Bürgerschaft vom 16. März 1910.

Die Bürgerschaft genehmigt, daß den Luken-, Ladungs-, Schiffs- und Proviantbesichtigern die Jahrgeldsberechtigung gemäß den Vorschriften des Beamtengesetzes und des Gesetzes, betreffend die Pensionen für Witwen und Waisen der jahrgeldsberechtigten Angestellten, vom 23. März 1909 verliehen wird.

Sie ersucht gleichzeitig den Senat, die Behörde für das Auswanderungswesen mit einem Bericht zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, einen Teil der Gebühren aus den Schiffsvermessungen, welche auf Grund der englischen Gesetze stattfinden, an die Behörde für das Auswanderungswesen abzuführen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 8. Juni 1910.

Die Bürgerschaft setzt die Beschlußfassung aus und ersucht den Senat, zunächst die genauen Einnahmen der genannten Beamten anzugeben.

45. Neuanlagen von Straßen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 6. April 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden mit einem Berichte zu beauftragen darüber, ob es an der Zeit ist, die Sätze für die Beiträge der Anlieger zu den Anlagelkosten der Straßen, sowie die Beiträge zu den Straßengrunderwerbskosten zu erhöhen.

Der Senat hat laut Mitteilung vom 9. April 1910 die Behörden mit der Berichterstattung beauftragt.

46. Budget der Gewerbekammer.

Bericht der Bürgerschaft vom 6. April 1910.

Die Bürgerschaft genehmigt die beantragten Uebertragbarkeiten der in der Mitteilung des Senats erwähnten Positionen des Spezialbudgets der Gewerbekammer. Bei der Beratung dieses Gegenstandes sind ihr jedoch von beteiligter Seite Tatsachen über die Verwendung der Mittel dieses Budgets zur Kenntnis gebracht worden, die nach ihrer Ansicht eine Nachprüfung wegen der budgetmäßigen Verwendung dieser Mittel erforderlich erscheinen läßt.

Sie ersucht den Senat, eine solche Nachprüfung veranlassen und ihr das Resultat derselben demnächst mitteilen zu wollen.

47. Bericht der Kommission wegen der Gebühren für die Erlaubnis zu Tanzmusik.

Bericht der Bürgerschaft vom 20. April 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Polizeidirektion und die Aemter anzuweisen, unter Beibehaltung des Mindestsatzes von 3 M die jetzigen Gebühren um 33 1/3 % zu ermäßigen.

Mitteilung des Senats vom 29. April 1910.

Der Senat hat die Steuerdeputation mit einem schleunigen Bericht über die Deckung des durch die Ermäßigung der Tanzgebühren um 33 1/3 Prozent entstehenden Einnahmeausfalls beauftragt und behält sich seine Erklärung bis nach Eingang dieses Berichts vor.

48. Inventar für Schulen.

Bericht der Bürgerschaft vom 4. Juni 1910.

Um eine einheitliche Beantragung und Ausführung der Arbeiten für Ergänzung und Unterhaltung des Inventars für die Schulen zu gewährleisten, beschließt die Bürgerschaft, in Zukunft die Beschaffung neuen und die Instandsetzung vorhandenen Inventars nach Angabe der Schulverwaltung durch die Hochbauverwaltung vornehmen zu lassen und die Spezialfonds der Schulen entsprechend zu kürzen.

49. Schulbauten.

Beschluß der Bürgerschaft vom 4. Juni 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden dahin anzuweisen, daß Schulbauten künftig vorzugsweise als sogenannte Rohbauten aufgeführt werden, und zwar mit Rücksicht auf die großen Kosten, die durch das Streichen der Außenseiten bei Putzbauten verursacht werden. (1908: 7000 M., 1909: 8800 M.)

50. Dienstwohnungen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 4. Juni 1910.

Die Bürgerschaft hat erfahren, daß einige Behörden, in deren Ressort Anlagen zur Erzeugung von elektrischem Licht vorhanden sind, an ihnen unterstehende Beamte, welche Dienstwohnungen inne haben, dieses Licht gegen Zahlung des Selbstkostenpreises, oder doch wesentlich billiger als den Konsumpreis, abgeben. Sie hält ein solches Verfahren für nicht vereinbar mit dem Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 10./23. November 1909, wodurch allen in Dienstwohnungen wohnenden Beamten, welchen bis dahin Licht gegen Abzug von 3 % ihres Gehalts ge-

liefert wurde, diese Vergünstigung entzogen worden ist. Sie hält es daher für erforderlich, daß in derartigen Fällen die Genehmigung von Senat und Bürgerschaft erbeten wird.

51. Errichtung einer neuen höheren Schule.

Beschluß der Bürgerschaft vom 8. Juni 1910.

Die Bürgerschaft beschließt den Bau einer vierten Realschule und beauftragt die Baudeputation, Abteilung Hochbau, mit der Ausarbeitung und Vorlegung eines Bauprojekts im Einvernehmen mit der Schuldeputation.

Sie ist weiter damit einverstanden, daß die neue Realschule auf dem dem Staate gehörigen Areal an der Bremerhavenerstraße-Steffensweg erbaut wird.

Sie stimmt grundsätzlich zu, daß eine neue Realschule errichtet wird, empfiehlt jedoch ihrerseits für den Bau ein Grundstück in der östlichen Vorstadt und ersucht den Senat, die Schuldeputation mit der weiteren Verfolgung der Angelegenheit zu beauftragen.

Mitteilung des Senats vom 10. Juni 1910.

Der Senat stimmt dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 8. d. Mts. zu und hat die Baudeputation, Abteilung Hochbau, mit der Ausarbeitung des Projekts für den Bau einer vierten Realschule im Einvernehmen mit der Schuldeputation beauftragt und ferner die Schuldeputation wegen der Errichtung einer neuen Realschule zu der weiteren Verfolgung der Angelegenheit aufgefordert.

52. Spielplätze.

Beschluß der Bürgerschaft vom 8. Juni 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation, die Deputation für die Stadterweiterung und die Walldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob die bis jetzt eingerichteten Spielplätze sich überhaupt für Jugendspiele größerer Knaben und Mädchen eignen, eventuell, welche Maßnahmen zur Schaffung derartiger Plätze zu treffen sind. In Zusammenhang damit ersucht die Bürgerschaft den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, den obligatorischen Jugendspielunterricht auch in den Volksschulen einzuführen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 9. November 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die öffentlichen Grundstücke und die Deputation für die Stadterweiterung mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, das Areal des Doventorsfriedhofs oder einen Teil desselben zu einem öffentlichen Spielplatz einzurichten.

53. Rolanddenkmal.

Beschluß der Bürgerschaft vom 21. September 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Baudeputation, Abteilung Hochbau, mit einem schleunigen Bericht darüber zu beauftragen, ob sich die Verschiebung des Rolanddenkmals um ca. 2 m nach der Mitte des Marktplatzes zu und damit eine Verbreiterung der Fahrbahn vor dem Rathause ermöglichen läßt. Sie ist der Ansicht, daß letzteres im Interesse des stetig steigenden Verkehrs erforderlich ist und ersucht daher, die Berichterstattung so zu beschleunigen, daß eventuell die Arbeiten im unmittelbaren Anschluß an die augenblicklich auf dem Marktplatz unternommene Neupflasterung ausgeführt werden können.

54. Krematorium.

Beschluß der Bürgerschaft vom 28. September 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Friedhöfe zu veranlassen, einen Bericht zu erstatten, ob es sich empfiehlt, die Gebühren für Einäscherungen zu ermäßigen, ferner

die Deputation für die Friedhöfe mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die Einnahme und Ausgabe für Einäscherungen und den Betrieb des Krematoriums im Budget besonders aufzuführen, und endlich,

ob es sich empfiehlt, für den Transport von Leichen vom Bahnhof zum Friedhof außer den Sägen der ersten vier Klassen einen Satz von 20 M., womit die Selbstkosten gedeckt sind, festzusetzen, da die fünfte Klasse für 17 M. nach Meinung der Friedhofsdeputation für Unbemittelte bestimmt ist.

55. Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanschlüsse.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die Gebühr von 50 M., welche Inhaber von Grundstücken für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsanschlüsse nach Beschluß von Senat und Bürgerschaft vom 31. Januar und 9. Februar 1894 zu entrichten haben, fortfallen zu lassen, wenn nur ein Aufdecken des Fußsteiges erforderlich ist.

Die Bürgerschaft hat diesen Antrag am 28. September 1910 der Kommission wegen Herabsetzung des Preises für elektrischen Strom überwiesen.

56. Eingabe des Vereins Bremer Ladeninhaber und des Rabatt-Spar-Vereins „Brema“.

Beschluß der Bürgerschaft vom 5. Oktober 1910.

Die Bürgerschaft überweist die Eingabe dem Senat mit dem Ersuchen, die Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit einem Bericht über den Gegenstand der Eingabe zu beauftragen.

Mitteilung des Senats vom 7. Oktober 1910.

Der Senat hat die Eingabe der Deputation für Häfen und Eisenbahnen zum Bericht überwiesen.

57. Hohentorshafen.**Beschluß der Bürgerschaft vom 5. Oktober 1910.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit einem Berichte darüber zu beauftragen, in welcher Weise die jetzt völlig unzureichenden und verfallenen Lösch- und Ladegelegenheiten am Hohentorshafen dem dort herrschenden Schiffsverkehr entsprechend herzurichten sind.

58. Bürgerbeerdigungen.**Beschluß der Bürgerschaft vom 5. Oktober 1910.**

Die Bürgerschaft beschließt die Einführung des Bürgereidzwanges für die Söhne von Bremer Bürgern und ersucht den Senat, auch seinerseits einer entsprechenden Ergänzung des Gesetzes vom 26. Februar 1904 zuzustimmen und das weitere in dieser Angelegenheit zu veranlassen.

59. Austritt aus der Kirche.**Beschluß der Bürgerschaft vom 5. Oktober 1910.**

Die Bürgerschaft hält die gesetzliche Regelung des Austrittes aus der Kirche für notwendig und ersucht den Senat um Vorlegung eines entsprechenden Gesetzesentwurfs.

60. Polizeihunde.**Beschluß der Bürgerschaft vom 9. November 1910.**

Im Interesse der Verschärfung des Kriminaldienstes bei Verfolgung und Feststellung von Verbrechen und deren Täter erachtet die Bürgerschaft die Anschaffung und Haltung gut dressierter Polizeihunde für erforderlich. Sie ersucht den Senat, die betreffenden Behörden mit einem baldigen Bericht über die Zweckmäßigkeit solcher Maßregel und die dadurch entstehenden Kosten zu beauftragen.

61. Öffentliche Grundstücke.**Beschluß der Bürgerschaft vom 9. November 1910.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständige Behörde mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die dem Staate gehörenden Ländereien an der verlängerten Meterstraße für Bauzwecke zu veräußern.

Mitteilung des Senats vom 15. November 1910.

Der Senat hat die Deputation für die Stadterweiterung mit einem Bericht darüber beauftragt, ob es sich empfiehlt, die dem Staate gehörenden Ländereien an der verlängerten Meterstraße für Bauzwecke zu veräußern.

62. Unterricht.**Beschluß der Bürgerschaft vom 9. November 1910.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, veranlassen zu wollen, daß bei der Beratung der Bürgerschaft über das Kapitel „Unterricht“ innerhalb der Budgetberatung der Senat durch den dem Schulwesen vorstehenden Senator vertreten werde.

63. Feuerversicherung.**Beschluß der Bürgerschaft vom 23. November 1910.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Finanzdeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, welches Staatseigentum gegen Feuer versichert ist und in welchem Verhältnis in den letzten Jahren die gezahlten Versicherungsprämien zu den an den bremischen Staat gezahlten Brandschadenvergütungen gestanden haben, sowie ferner darüber, ob eine Versicherung des Stadttheaters sich empfiehlt.

Mitteilung des Senats vom 25. November 1910.

Der Senat hat dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 23. November d. J. entsprechend die Deputation zur Verwaltung der öffentlichen Grundstücke als die zuständige Deputation zu einem Bericht, betreffend Feuerversicherung des Staatseigentums, aufgefordert.

64. Gesundheitswesen.**Beschluß der Bürgerschaft vom 23. November 1910.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden mit einem Berichte zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, in allen anzeigepflichtigen Krankheitsfällen die Desinfektionskosten auf die Staatskasse zu übernehmen.

Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1910.

Der Senat hat in Anlaß des Beschlusses der Bürgerschaft vom 23. November d. J. die Deputation für das Gesundheitswesen im Benehmen mit der Inspektion des Arbeitshauses mit einem Bericht beauftragt, ob es sich empfiehlt, in allen anzeigepflichtigen Krankheitsfällen die Desinfektionskosten auf die Staatskasse zu übernehmen.

65. Erteilung von Bauerlaubnis.**Beschluß der Bürgerschaft vom 30. November 1910.**

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation wegen Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden mit einer Prüfung der Frage zu beauftragen, inwieweit die Behörden, die bei der Erteilung von Bauerlaubnissen mitzuwirken haben, in Zukunft ihre Arbeiten mehr als bisher beschleunigen können.

Mitteilung des Senats vom 6. Dezember 1910.

Der Senat hat dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 30. November d. J. gemäß die Deputation wegen Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden mit der Prüfung der Frage beauftragt, inwieweit die Behörden, die bei der Erteilung von Bauerlaubnissen mitzuwirken haben, in Zukunft ihre Arbeiten mehr als bisher beschleunigen können.

66. Badeanstalt in Bremerhaven.

Beschluß der Bürgerschaft vom 30. November 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden mit einem Bericht darüber zu beauftragen, wo und in welcher Weise in Bremerhaven eine öffentliche Flußbadeanstalt für Frauen und Mädchen errichtet werden kann.

67. Haushaltungsunterricht.

Beschluß der Bürgerschaft vom 30. November 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, für schulentlassene Mädchen Haushaltungsunterrichtskurse einzurichten, wie sie bisher vom Verein für Haushaltungsschulen unterhalten wurden.

68. Oberrealschule.

Beschluß der Bürgerschaft vom 30. November 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die zuständigen Behörden mit einem Bericht darüber zu beauftragen, ob es nicht angängig ist, den Abiturienten der Oberrealschule das Studium der Jurisprudenz freizugeben, wie es in den meisten übrigen Bundesstaaten bereits der Fall ist.

69. Höhere Schulen.

Beschluß der Bürgerschaft vom 30. November 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Schuldeputation mit einem Bericht darüber zu beauftragen, in welcher Weise sich die in anderen deutschen Bundesstaaten angebahnte freiere Gestaltung des Lehrplans in den oberen Klassen der höheren Schulen und die im Zusammenhang damit getroffenen Abänderungen der Reifeprüfung auch in dem bremischen Schulwesen zur Durchführung bringen lassen.

70. Vergebung von Lieferungen und Arbeiten.

Beschluß der Bürgerschaft vom 30. November 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, diejenigen Behörden, welche Lieferungen und Arbeiten zu vergeben haben, anzuweisen, solche möglichst nur an im bremischen Staatsgebiet ansässige Handelshäuser und Gewerbetreibende zu vergeben.

71. Großenstraße.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. Dezember 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Stadterweiterung mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es nicht dringend notwendig ist, Fahrstraße und Fußsteig vor dem Hause Großenstr. Nr. 58 zu verbreitern.

72. Marienbrücke.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. Dezember 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Baudeputation, Abteilung Tiefbau, mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, die Marienbrücke so zu gestalten, daß sie von Fuhrwerken aller Art befahren werden kann.

Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 1910.

Der Senat hat gemäß dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 7. Dezember d. J. die Baudeputation, Abteilung Straßenbau, mit einem Berichte darüber beauftragt, ob es sich empfiehlt, die Marienbrücke so zu gestalten, daß sie von Fuhrwerken aller Art befahren werden kann.

73. Strandspielplatz in Vegeack.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. Dezember 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für die Unterweserkorrektion mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es nicht angängig ist, den Strandspielplatz vor der Strandlust zu Vegeack stromabwärts bis Bellevue zu verlängern.

Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 1910.

Der Senat hat dem Beschlusse der Bürgerschaft vom 7. Dezember d. J. entsprechend die Deputation für die Unterweserkorrektion mit einem Berichte darüber beauftragt, ob es nicht angängig ist, den Strandspielplatz vor der Strandlust zu Vegeack stromabwärts bis Bellevue zu verlängern.

74. Eisenbahnanlagen in der Stadt.

Beschluß der Bürgerschaft vom 7. Dezember 1910.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit einem Berichte darüber zu beauftragen, ob es sich empfiehlt, in dem neustädtischen Industriegebiet sowie bei anderen Eisenbahnkreuzungen in der Stadt während des Rangierens der Eisenbahnwagen vor den die Geleise kreuzenden Straßen Einrichtungen zu treffen, daß Unglücksfälle des dort verkehrenden Publikums vermieden werden.

Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 1910.

Der Senat hat in Anlaß des Beschlusses der Bürgerchaft vom 7. Dezember d. Js. die Deputation für Häfen und Eisenbahnen mit dem von der Bürgerchaft gewünschten Bericht beauftragt.

75. Verbreiterung der Meinkenstraße.**Beschluß der Bürgerchaft vom 14. Dezember 1910.**

Die Bürgerchaft wünscht die Verbreiterung dieser Straße alsbald ausgeführt und diese Ausführung im Budget der Tiefbauinspektion für 1911 eingestellt zu sehen.

**In nicht ständigen Ausschüssen
werden zurzeit beraten:**

a) in Deputationen.

1. Vertrauensauschuß (1894, 29. Mai und 13. Juni).
2. Neubau des Stadthauses (1899, 26. Mai und 12. Juli).
3. Bauten an Koppelwegen (1902, 25. Juni und 27. Juni).
4. Bericht des Gesundheitsrats zur Bauordnung (1903, 10. November und 2. Dezember).
5. Verwaltungsstreitverfahren (1903, 10. Jan. und 1904, 19. April).
6. Revision der Beamtengehälter (1905, 28. November und 6. Dezember).
7. Umlegung von Grundstücken (1908, 16. Juni und 4. Juli).
8. Bremer Straßenbahn (1908, 10. November und 29. Dezember).
9. Einkommensteuer in den Hafenstädten (1909, 12. Mai und 8. Juni).
10. Gesetz, den Senat betreffend (1909, 24. Nov. bis 31. Dezember).
11. Gewerbekammergesetz (1910, 2. März und 4. März).
12. Vereinfachung des Geschäftsganges der Behörden (1910, 5. und 25. Oktober).

b) in Kommissionen.

1. Submissionswesen (1899, 8. Februar).

Die Mitteilung des Senats vom 17. Januar 1899 ist an die frühere Kommission für diesen Gegenstand verwiesen worden.

Die Kommission hat einen vorläufigen Bericht erstattet, der am 18. Juni 1902 in der Bürgerchaft zur Verhandlung gekommen ist. Die Beratungen der Kommission dauern fort.

2. Vereinbarung mit dem Fischeramte (1905, 12. Juli).
3. Bürgerchaftssaal (1905, 28. Juni).
4. Markthallen (1905, 11. Oktober).
5. Fahrstraße durch das Bischofstor (1905, 15. November).
6. Untersuchungsstation für ausländisches Vieh (1905, 20. Dezember).
7. Kaufmännisches Fortbildungsschulwesen (1906, 7. Februar).
8. Städtischer Arbeitsnachweis (1906, 9. Juni).
9. Wallanlagen beim Herdentor (1906, 7. November).
10. Schornsteinfegerordnung (1907, 5. Juni).
11. Wahlrecht zur Bürgerchaft (1908, 29. Jan.).
12. St. Johannischule (1909, 3. März).
13. Verlegung des Pferdemarktes (1909, November).
14. Neubauten für den Betrieb der Straßenreinigung (1909, 15. Dezember).
15. Gefängnisse in Bremerhaven (1910, 26. Jan.).
16. Armenpolizeilicher Arbeitszwang (1910, 16. Februar).
17. Verstaatlichung des Landschulwesens (1910, 9. Februar).
18. Krankenanstalt in Grambke (1910, 20. April).
19. Wasserwerk, Deckung des Fehlbetrages (1910, 1. Juni).
20. Schlachthof, Prüfung der Verhältnisse (1910, 22. Juni).
21. Osterholzer Friedhof (1910, 29. Juni).
22. Umlegung von Grundstücken (1910, 13. Juli).
23. Enteignung von Grundstücken zur Ablagerung von Hausmüll (1910, 13. Juli).
24. Ueberschwemmungen (1910, 28. September).
25. Preis für elektrischen Strom (1910, 28. September).
26. Wirtschaftskonzessionen (1910, 9. November).

Auf der Tagesordnung der Bürgerschaft standen am Schlusse des Jahres folgende Gegenstände:

Mitteilung des Senats vom 28. Dezember 1909 und
Bericht der Kommission (Nr. 16):

3. Gesetz, betreffend den armenpolizeilichen Arbeits-
zwang.

Mitteilung des Senats vom 3. Mai:

5. Neubau des Eichamtes.

Mitteilung des Senats vom 1. und 4. November:

2. Hafenbahnfracht.

Mitteilung des Senats vom 11. November:

7. Sicherung der Fertigstellung von Privatbauten
in der Stadt Bremen und im Landgebiet.

Mitteilung des Senats vom 2. Dezember:

1. Amtliche Schätzung von Grundstücken.

Mitteilung des Senats vom 13. Dezember:

5. Nachversicherung der jahrgeldsberechtigten An-
gestellten des bremischen Staates auf Grund des
Invalidenversicherungsgesetzes.

Mitteilung des Senats vom 20. Dezember:

1. Volksschule an der Regensburgerstraße.
2. Budget der außerordentlichen Ausgaben für das
Rechnungsjahr 1911. Ergänzung der Hafen- und
Eisenbahnanlagen.

3. Aenderungen auf Bahnhof Bremen-Neustadt.

4. Einrichtung der Kochkichen in der Schule am
Pulverberg und in der 32klassigen Schule in
Gröpelingen.

Mitteilung des Senats vom 23. Dezember:

Nachträgliche Aufnahme des Arbeiters der Depu-
tation für die Unterweserkorrektur Hinrich Meister
in die Ruhelohntasse der Staatsarbeiter.

Mitteilung des Senats vom 27. Dezember:

1. Ankauf eines Grundstücks in der Feldmark Grambke.
2. Uebernahme der Deiche durch den Staat.

Mitteilung des Senats vom 30. Dezember:

5. Nachbewilligung für die Wehranlage.

Bericht der Kommission (Nr. 14) wegen der Fahrbar-
machung des Bischofstors.

Antrag, betreffend das Zeugniszwangsverfahren.

Antrag auf Niederlegung einer Petitionskommission.

Antrag, betreffend Pflege erkrankter städtischer
Desinfektoren.

Antrag, betreffend Bebauungsplan für die Neustadt
und ihre Vorstädte.

Antrag, betreffend Gewerbliche Schulen (ungelernte
Arbeiter).

Antrag, betreffend Herstellung einer Fähre im Industrie-
und Handelshafen.

Der Archivar:

J. B.

L. Schierenbeck.

